

Postulat Fraktion SP/JUSO (Halua Pinto de Magalhães/Johannes Wartenweiler, SP): Neuorientierung der Wirtschaftsförderung: Mehr Kooperation statt Standortmarketing

Die Wirtschaftsförderung der Stadt Bern versteht sich als Behörde, die im Wettstreit mit anderen Standorten Unternehmen anwirbt und ansiedelt und so die Wirtschaftsentwicklung fördern will. Mit allerlei finanziellen und anderen Massnahmen soll der Wirtschaftsstandort Bern gegenüber anderen Standorten aufgewertet und zur Geltung gebracht werden. Im globalisierten Umfeld herrsche – so die Logik der Behörde – ein permanenter Wettbewerb, dem sich die Stadt Bern nicht entziehen könne. Der Fokus richtet sich dabei auf grosse international tätige Unternehmen, die permanent auf der Suche nach besseren Rahmenbedingungen finanzieller und nichtfinanzieller Art sind. Der Konkurrenzgedanke zieht sich durch gesamte Tätigkeit der Wirtschaftsförderung.

Ein solch einseitiger Fokus der Wirtschaftsförderung ist problematisch. Zum einen, weil sie sich durch die zugespitzte Kapitalmacht der globalen Grossunternehmen auf deren Förderung ausrichtet und die lokale und kleinräumig geprägte Wirtschaft vernachlässigt. Dabei geht vergessen, dass die lokale Wirtschaft viel schwierigere Rahmenbedingungen hat als grosse Unternehmen, die ihre Märkte beherrschen und absichern können. Viele kleine Unternehmen bewegen sich ständig an der Grenze ihrer Existenz. Gleichzeitig sind sie für die UnternehmerInnen eine Chance, um aus einer traditionellen Aufgabe oder aus einer bestimmten Schicht auszubrechen. Zum Beispiel erweist sich für die migrantische Bevölkerung der berufliche Weg in die Selbstständigkeit als soziale Aufstiegschance, die ihnen wegen strukturellen Hürden im Arbeitsmarkt ansonsten verwehrt bliebe. Neuere Studien belegen daher auch, dass MigrantInnen überdurchschnittlich oft Unternehmen gründen.¹

Auf der anderen Seite sind nicht nur unternehmerische Vorhaben ökonomisch tätig. Die Stadt Bern erlebte in den letzten Jahren einen Boom von selbstverwalteten Initiativen, wie Landwirtschafts-Initiativen (Radisli), urban gardening, gemeinschaftliche Zwischennutzungen (Warmbächlibrache) und viele mehr. Sowohl diese Initiativen wie auch die erwähnten Kleinstunternehmen bieten vielfach Möglichkeiten, der Stadtbevölkerung attraktive alternative Angebote für den Alltag bereitzustellen und zugänglich zu machen. Da sich insbesondere diese selbstverwalteten Initiativen nicht nur an Marktlogiken orientieren, erlauben sie es, jenseits von Waren- und Geldbeziehungen soziale Beziehungen zu entfalten.

Eine nachhaltige Wirtschaftsförderung in einer offenen und solidarischen Stadt sollte der Kooperation eine hohe Bedeutung zumessen und die gesellschaftliche Bedeutung solcher Initiativen, aber auch von Kleinstunternehmen – darunter, wie erwähnt, viele mit migrantischem Hintergrund – anerkennen und entsprechend unterstützen. Diese Initiativen und Engagements schaffen Zugang zu Ressourcen, welche die Grundlage für die demokratische Beteiligung aller StadtbewohnerInnen sind. Erforderlich sind Konzepte der Wirtschaftsförderung, die eine Zusammenarbeit der Stadt und den beteiligten AkteurInnen in Form von Kooperation ermöglichen: Die Wirtschaftsförderung muss einen Beitrag leisten, um eine solidarische öffentliche Infrastruktur bereit zu stellen und die Kooperationen mit der Stadt aber auch unter den privaten Akteuren zu erleichtern und zu ermöglichen (z.B. ein Haus der Vereine).

Der Gemeinderat wird deshalb beauftragt,

1. einen Bericht zu erstellen über die Situation von Kleinstunternehmen in der Stadt Bern, insbesondere ihre Bedeutung für die Wertschöpfung, die Beschäftigung und den sozialen Zusammenhalt.

¹ «Migranten überdurchschnittlich gründungsaktiv – Arbeitsmarkt spielt große Rolle», KfW Research – Fokus Volkswirtschaft, Nr. 115, 29. Januar 2016

2. einen Bericht zu erstellen über wirtschaftliche Initiativen aus Kreisen der Migrationsbevölkerung und ihrer Bedeutung für die Stadt Bern einerseits und für die soziale und wirtschaftliche Integration der MigrantInnen andererseits.
3. eine Strategie zur Wirtschaftsförderung auszuarbeiten, die über das Standortmarketing hinausgeht. Gesellschaftspolitische Aspekte sollen ebenso dazu gehören wie die Möglichkeit, eine solidarische öffentliche Infrastruktur bereitzustellen.
4. die Wirtschaftsförderung dazu zu verpflichten, auch kooperative Aktivitäten und Engagements von KMU und Einzelpersonen zu unterstützen und zu fördern.

Bern, 28. Juni 2018

Erstunterzeichnende: Halua Pinto de Magalhães, Johannes Wartenweiler

Mitunterzeichnende: Tabea Rai, Ingrid Kissling-Näf, Fuat Köçer, Benno Frauchiger, Marieke Kruit, Lena Sorg, Katharina Altas, Mohamed Abdirahim, Christa Ammann, Lisa Witzig, Yasemin Cevik, Edith Siegenthaler, Martin Krebs, Luzius Theiler, Nora Krummen, Laura Binz, Barbara Nyffeler, Laldina Kirchen Abegg, Zora Schneider

Antwort des Gemeinderats

Nachhaltigkeit ist auch für den Gemeinderat ein zentrales Thema. Deshalb befürwortet er die Anliegen des Postulats. Einige davon werden bereits umgesetzt.

Einleitend möchte der Gemeinderat einige organisatorische Bemerkungen machen: Das Wirtschaftsamt befasst sich mit Fragen der Wirtschaft und des Arbeitsmarkts und ist die zuständige Dienststelle zur Entwicklung der Wirtschaftspolitik der *Stadt Bern*. Als WIRTSCHAFTSRAUM BERN (Geschäftsstelle des Bereichs Wirtschaft der Regionalkonferenz Bern-Mittelland RKBM) erbringt das Wirtschaftsamt zudem Dienstleistungen für Anspruchsgruppen aus der ganzen *Region Bern*. Weder in seiner *städtischen* noch in seiner *regionalen* Funktion darf das Wirtschaftsamt als klassische «Wirtschaftsförderung» wahrgenommen werden. Der WIRTSCHAFTSRAUM BERN wirbt nicht primär Unternehmen an und erbringt keine geldwerten Leistungen; sein Fokus richtet sich auf Einzelunternehmen und KMU. Es ist die Standortförderung des Kantons Bern, die auf grosse, international tätige Unternehmen fokussiert ist. Die Rollenteilung zwischen der Standortförderung des Kantons und des WIRTSCHAFTSRAUMS BERN ist klar geregelt und eingespielt. Die kantonale Standortförderung betreibt u. a. Akquise, die Aufgabe des WIRTSCHAFTSRAUMS BERN besteht demgegenüber insbesondere in der Pflege der bereits anwesenden Unternehmen, Institutionen und Organisationen. Der Kanton bietet geldwerte Förderprogramme an, der WIRTSCHAFTSRAUM BERN, wie bereits erwähnt, hingegen nicht.

Der WIRTSCHAFTSRAUM BERN misst der Kooperation eine hohe Bedeutung zu (etwa in der regelmässigen Organisation von diversen Netzwerkveranstaltungen). Die Idee eines Hauses der Verbände, das die Kooperation fördern soll, besteht bereits seit vielen Jahren. Eine Umsetzung ist vor einigen Jahren aus mangelndem Interesse und wegen knappen Mitteln gescheitert.

KMU mit Migrationshintergrund werden vom Kompetenzzentrum Integration gefördert. Der WIRTSCHAFTSRAUM BERN unterstützt diese Projekte finanziell und mit gemeinsamen spezifischen Netzwerkveranstaltungen.

Zu Punkt 1:

Für das Gebiet der Stadt Bern werden verschiedene Statistiken geführt, in denen u. a. auch die Anzahl und die Grösse der KMU in der Stadt Bern abgebildet werden. Allerdings gibt es diesbezüglich keine diversifizierte Statistik, die einer Vollerhebung gleichkommt.

Der WIRTSCHAFTSRAUM BERN bietet Betrieben auf freiwilliger Basis die Möglichkeit eines Datenbankeintrags an. Da die Einträge nicht obligatorisch sind, bildet diese Firmendatenbank jedoch nur einen Teil der Gesamtmenge der KMU der Stadt und der Region Bern ab.

Die bestehende Strategie 2020 des WIRTSCHAFTSRAUMS BERN fokussiert geografisch auf den ganzen Perimeter des Wirtschaftsraums Bern und Umgebung, d. h. auf sämtliche Anschlussgemeinden der Teilkonferenz Wirtschaft der Regionalkonferenz Bern Mittelland (RKBM). Diese Strategie soll in den Jahren 2019 und 2020 überarbeitet und erneuert werden. Das Ziel ist eine Strategie 2025 für den WIRTSCHAFTSRAUM BERN, die auch konkrete, spezifische Aussagen und Perspektiven für den Wirtschafts- und Arbeitsstandort Stadt Bern entwickelt.

Im Rahmen der Abklärungen und der Erneuerung dieser Strategie soll auch die Situation von Kleinunternehmen in der Stadt und Region Bern, insbesondere ihre Bedeutung für die Wertschöpfung, die Beschäftigung und den sozialen Zusammenhalt, auf angemessene Art und Weise thematisiert werden.

Zu Punkt 2:

Bereits das Postulat Fraktion GB/JA! (Hasim Sancar, GB) vom 26. November 2009 hatte gefordert, dass sich die Stadt Bern mit der Thematik MigrantInnen-KMU auseinandersetzt. Mit seiner Antwort vom 9. Juni 2010 beantragte der Gemeinderat dem Stadtrat, das Postulat erheblich zu erklären, weil kleinere und mittlere Unternehmen von Migrantinnen und Migranten einen wesentlichen wirtschaftlichen Beitrag leisten und zur Integration der Migrationsbevölkerung beitragen.

Die Erarbeitung einer (personell und finanziell aufwändigen) Studie, wie sie das Postulat Fraktion GB/JA! gefordert hatte, erachtete der Gemeinderat jedoch nicht als zielführend. Er hat jedoch vorgeschlagen, mittels Durchführung von Fokusgruppengesprächen und gezielten Kontaktgesprächen Schwierigkeiten und Tendenzen von Betrieben mit Migrantinnen und Migranten zu erfassen und dadurch eine Einbindung in bestehende Netzwerke zu erreichen. Diese Politik hat sich bewährt. Die Förderung der Integration dieser Unternehmerinnen und Unternehmer in die bestehenden Netzwerke macht Fortschritte und bisher nicht genutzte Potenziale von Firmen mit Migrationshintergrund können besser genutzt und allenfalls neue Ausbildungs- und Praktikumsplätze geschaffen werden.

Der Gemeinderat ist denn auch bereit, wirtschaftliche Initiativen von Migrantinnen und Migranten und deren Bedeutung für die Stadt Bern bzw. für die Integration im Rahmen der Überarbeitung der Strategie des WIRTSCHAFTSRAUMS BERN zu berücksichtigen und auf geeignete Art und Weise zu behandeln.

Zu Punkt 3:

Die in Punkt 3 des Postulats geforderte Strategie zur Wirtschaftsförderung wird im Rahmen der bereits geplanten Strategie umgesetzt. Wie in den Legislaturrichtlinien 2017 – 2020 festgehalten, ist es dem Gemeinderat wichtig, den Unternehmungen Sorge zu tragen und sie bei innovativen Vorhaben zu unterstützen. Innovative Vorhaben werden deshalb von der Stadt Bern gefördert. Der Stadt Bern sind auch solidarische öffentliche Infrastrukturen wichtig, wie zum Beispiel Co-Working-Spaces, Quartiervereine etc.

Die geplante Strategie des WIRTSCHAFTSRAUMS BERN wird auch gesellschaftspolitische Aspekte und solidarische öffentliche Infrastruktur thematisieren.

Zu Punkt 4:

Für Kleinunternehmen und KMU ist ein gutes wirtschaftliches Umfeld wichtig. Dieses besteht in der Schweiz einerseits, weil die Berufslehre gestärkt wird, andererseits, weil der Kanton Bern Kleinunternehmen fördert, indem bei Gebäudesanierungen und Projekten zu erneuerbaren Energien solche

Unternehmungen zum Zug kommen. Zudem hat der Bund (seco) eine etablierte Förderpolitik, die auch in der Stadt Bern zur Anwendung kommt.

Wie bereits ausgeführt, ist es nicht die primäre Aufgabe des WIRTSCHAFTSRAUMS BERN, kooperative Aktivitäten und Engagements von KMU und Einzelpersonen zu unterstützen und zu fördern. Der WIRTSCHAFTSRAUM BERN übernimmt jedoch eine Triage-Funktion. Anfragen werden bearbeitet und an zuständige oder interessierte Stellen weitervermittelt. In Frage kommt hier etwa be-advanced, wenn es sich um Start up-Unternehmen oder Innovationsprojekte handelt. Werden Arbeitsplätze gesucht, können Co-Working Spaces kontaktiert werden. Weitere Anlaufstellen sind die Berufsverbände, die Universität oder die Fachhochschulen.

Der WIRTSCHAFTSRAUM BERN wird die Förderung von kooperativen Aktivitäten und Engagements von KMU und Einzelpersonen in der geplanten Strategie thematisieren.

Folgen für das Personal und die Finanzen

Keine.

Antrag

1. Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Postulat erheblich zu erklären.
2. Die Stellungnahme gilt gleichzeitig als Prüfungsbericht.

Bern, 19. Dezember 2018

Der Gemeinderat